



Bürgerbüro Dortmund

Marco Bülow, MdB

stellv. Energiepolitischer Sprecher

der SPD-Bundestagsfraktion

Große Heimstraße 72, 44137 Dortmund

Tel: 0231 - 47 66 99 0

Fax: 0231 - 47 66 99 1

Email: marco.buelow@wk.bundestag.de

Homepage: www.marco-buelow.de

Öffnungszeiten: montags bis freitags: 9 bis 13 Uhr

montags und donnerstags: 16:30 bis 19 Uhr

Liebe Freundinnen und Freunde,

ereignisreiche Wochen liegen hinter uns. Im Eilverfahren hat die Bundesregierung die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke - gegen den Willen der Bevölkerung - durch den Bundestag gepeitscht. Durch das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages wurde unser solidarisches Gesundheitssystem praktisch abgeschafft. Bei den Haushaltskürzungen wurden u.a. der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales genauso zusammengestrichen wie die Städtebauförderung oder wichtige Verkehrsprojekte. Gewinner der Politik von Union und FDP bleiben starke Lobbygruppen wie Energiekonzerne, Pharmaunternehmen oder Besserverdienende, während Gering- und Normalverdiener das Nachsehen haben. In meinem Telegramm möchte ich einen kleinen Überblick über die wichtigsten politischen Entscheidungen der letzten Wochen geben. Ich wünsche ihnen und euch eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Mit solidarischem Gruß

Marco Bülow

Haushalt 2011: Konsolidierung zu Lasten der Schwachen

Der erste Haushalt der Bundesregierung aus Union und FDP ist eine herbe Enttäuschung. Das „Sparpaket“ wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen, Gering- und Normalverdiener zahlen weiterhin die Zeche. Vor allem im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums führen die Einsparungen zu immensen Belastungen für Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und Langzeit-arbeitslose. Mehr Infos sind [hier](#) zu finden.

Kürzungen bei der Städtebauförderung und im Programm Soziale Stadt

Die Regierung kürzt massiv bei der Städtebauförderung und beim Programm Soziale Stadt. Angesichts wachsender Herausforderungen in den Städten und Gemeinden, wie der Bewältigung des demografischen und wirtschaftlichen Wandels sowie Integrationsaufgaben, Erhalt der Bausubstanz und Klimaschutz, ist dies unverantwortlich. Das Förderprogramm Soziale Stadt wird um ganze 70% gekürzt. Dieser Beschluss ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen 10 Jahren im Rahmen von Sozialer Stadt in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert haben und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet

haben. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesmittel für die Städtebau-förderung und für das Programm Soziale Stadt auf bisherigem Niveau fortzu-schreiben. Der Antrag ist [hier](#) zu finden.

Dortmunder Verkehrsprojekte – Anfrage an die Bundesregierung

Derzeit gibt es in Dortmund eine Reihe an Bauprojekten und verkehrspolitischen Themen hinter denen ein großes Fragezeichen steht. Dies betrifft den Bau des B1-Tunnels, den Umbau des Dortmunder Hauptbahnhofs oder die Umsetzung eines verstärkten Lärmschutzes entlang der A45. Daher habe ich mich an die Bundesregierung gewandt, um vom Verkehrsministerium eine Antwort auf diese Fragen zu bekommen. Sobald mir diese vorliegt, werde ich darüber selbstverständlich informieren.

Tag der offenen Tür am 3. Dezember 2010

Am Freitag, den 3. Dezember, veranstalte ich in meinem Bürgerbüro einen Tag der offenen Tür, bei dem man sich über die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten informieren kann. Ab 19 Uhr wird der Dortmunder Künstler Peter Strege aus meinem Buch „Wir-Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter“ lesen. Mit den beiden Aktionen beteilige ich mich an der Aktion „Kreuzviertel bei Nacht“ (www.kreuzviertelbeinacht.de).

Pressemitteilungen der letzten

Wochen:

- 17. November - [Eklatante Mittel-kürzungen bei der Dortmunder ARGE](#)
- 28. Oktober - [Laufzeitverlängerungen: Atomminister Röttgen kennt keine Scham](#)
- 20. Oktober - [5 Euro sind zu wenig](#)
- 15. Oktober - [Daseinsvorsorge erhalten und kommunale Abfallentsorgung sichern](#)
- 12. Oktober - [Bundesregierung sorgt für sozialen Kahlschlag](#)
- 28. September - [Bundesregierung entscheidet pro Atomkonzerne und gegen Bevölkerung](#)
- 28. September - [Dienstwagen-besteuerung sozial und ökologisch gestalten](#)

Hermann Scheer ist tot

Am 14. Oktober starb völlig unerwartet mein lieber Kollege Hermann Scheer. Um sowohl seinen Tod zu betrauern als auch an sein Hauptanliegen, nämlich die Energiewende hin zum Erneuerbaren Zeitalter, zu erinnern, haben 120 seiner Kolleginnen und Kollegen auf meine Initiative am 30. Oktober eine Traueranzeige in der taz aufgegeben. Die Anzeige und mein persönlicher Nachruf sind [hier](#) zu finden.

Laufzeitverlängerungen beschlossen

Am 28. Oktober hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP den Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen. Die Laufzeiten der sieben älteren Atomkraftwerke sollen sich damit rechnerisch um acht, die der zehn jüngeren Reaktoren um vierzehn Jahre im Vergleich zur Atomausstiegsvereinbarung verlängern. Im Bereich der Sicherheit für Atomreaktoren werden mit den neuen Beschlüssen lediglich einige wenige Vorgaben der EU umgesetzt und ein zusätzlicher Paragraf eingeführt, der angeblich für mehr Sicherheit sorgen soll. Bei einer Expertenanhörungen hat sich aber herausgestellt, dass dies nur ein Feigenblatt ist. Einen höheren Sicherheitsstandard als den bereits bestehenden nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik gibt es nicht. Im Gegenteil: es können jetzt sogar Gefahren wie Flugzeugabstürze als Restrisiko definiert werden. Damit gibt es keine Möglichkeit mehr, Sicherungsmaßnahmen gegen Flugzeugabstürze einzuklagen. Ich finde es schlimm, dass der Bundesregierung das Profitinteresse von vier großen Konzernen wichtiger ist als das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung.

Nicht nur die Laufzeitverlängerung als solche ist eine völlig unverantwortliche Entscheidung, auch die Art und Weise, wie das damit zusammenhängende Gesetzespaket durch den Bundestag gepetscht wurde, widerspricht allen parlamentarischen Gepflogenheiten. Einen Eindruck davon, wie die Rechte des Parlaments bei den Diskussionen und Entscheidungen über die Laufzeitverlängerungen missachtet wurden, erhält man auf Seite 4 des Telegramms in meinem Text „Schwarze Woche“.

Eine Neuauflage der von meinem Büro und mir mitverfassten Broschüre „**70 Argumente gegen Atomenergie**“ ist [hier](#) zu finden.

Solidarprinzip der GKV aufgekündigt - Arbeitnehmer/innen werden belastet

Mit dem beschlossenen GKV-Finanzierungsgesetz kündigt die Bundesregierung das Grundprinzip der paritätischen und einkommensabhängigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf. Die Arbeitnehmer/innen werden künftig allein für sämtliche Kostensteigerungen im Gesundheitssystem zur Kasse gebeten. Das bisher durch prozentuale Beiträge automatisch erreichte soziale Gleichgewicht in der GKV wird durch Einführung der ungerechten Kopfpauschale in unbegrenzter Höhe ohne adäquaten Sozialausgleich insbesondere

für Geringverdiener und Rentner zu einem sozialen Albtraum. Sie müssen die Entlastung für Gutverdienende und Arbeitgeber bezahlen.

Anstatt die Finanzierung der Gesundheitskosten unter Einbeziehung aller Einkommensarten auf eine breitere Basis zu stellen, werden die Versicherten hemmungslos abkassiert. Damit setzen Minister Rösler und die schwarz-gelbe Bundesregierung ihre Privatisierungs- und Klientelpolitik hemmungslos fort.

Zudem wird es den sogenannten Sozialausgleich für die Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 2011 nicht geben, weswegen auch im nächsten Jahr zahlreiche Versicherte die Zusatzbeiträge an ihre Krankenversicherungen zahlen werden müssen. Weitere Informationen zum Thema Gesundheitspolitik sind [hier](#) zu finden.

Praktikantenrechte - SPD will die Rechte junger Menschen stärken

Die SPD will die Rechte von Praktikanten deutlich stärken und gesetzlich besser verankern. Deshalb wurde der Antrag "Für Fairness beim Berufseinstieg - Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen" ins Parlament eingebracht. Der Antrag ist [hier](#) zu finden.

Unterausschuss Kommunales nimmt Arbeit auf

Der Unterausschuss Kommunales, der auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion eingesetzt worden ist, wird seine Arbeit aufnehmen. Nachdem Union und FDP die Einsetzung monatelang verschleppt haben, kann nun endlich die inhaltliche Arbeit beginnen. Die erste Arbeitssitzung wird Anfang Dezember stattfinden. Die SPD wird den Deutschen Landkreistag, den Deutschen Städtetag sowie den Deutschen Städte- und Gemeindebund in geeigneter Form in die Arbeit des Ausschusses einbinden und sich weiterhin für die kommunalpolitischen Belange einsetzen.

Klage gegen den ZDF-Staatsvertrag

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck will Klage gegen den ZDF-Staatsvertrag einreichen. Der Hintergrund: Im vergangenen Jahr hatte der ZDF-Verwaltungsrat auf Drängen des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) abgelehnt, den Vertrag des zu der Zeit amtierenden Chefredakteurs Nikolaus Brender zu verlängern. Und dies obwohl sich ZDF-Intendant Markus Schächter ausdrücklich für eine Verlängerung ausgesprochen hatte. Rheinland-Pfalz will einen Normenkontrollantrag zum ZDF-Staatsvertrag beim Bundesverfassungsgericht einreichen.

Auch das Land NRW und die SPD-Bundestagsfraktion prüfen, ob sie sich an der Klage beteiligen.

50.000 Menschen demonstrieren gegen Castortransporte

50.000 Menschen haben am ersten Novemberwochenende im Wendland friedlich gegen die Castortransporte, gegen die Endlagererkundung des Salzstocks Gorleben und gegen die Laufzeitverlängerungen demonstriert. Die SPD hat die Proteste mit einem eigenen Camp unterstützt. Union und FDP haben ein weiteres Mal zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Widerstand gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten aus allen Schichten der Gesellschaft kommt. Die Vielzahl der Demonstranten zeigt, dass die Menschen auch die politisch gewollte Festlegung auf Gorleben als alternativlosen Endlagerstandort nicht akzeptieren.

Zukunft der Gemeindefinanzen immer noch nicht geklärt

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung sollte der Gemeindefinanzkommission zum entscheidenden Durchbruch verhelfen. Ihr im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb vereinbartes Ziel: die Abschaffung der Gewerbesteuer. Trotz monatelanger Berechnungen des Bundesfinanzministeriums und umfassender Diskussionen in den Gremien konnte sich die Koalition aber auf kein Resultat einigen. So wie die Bundesregierung bisher agiert hat, ist nicht ausgeschlossen, dass wieder taktiert wird mit dem Ziel, die Gewerbesteuer durch ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer zu ersetzen. Das würde erhebliche Zusatzbelastungen für Bürgerinnen und Bürger bei erheblichen Entlastungen für Unternehmen bedeuten. Das Auseinanderdriften der Städte in Arm und Reich würde verstärkt. Für Dortmund wäre das finanziell ein Super-Gau. Für die SPD ist der Erhalt der Gewerbesteuer ein Muss. Sie ist als wichtigste eigene Steuerquelle der Städte und Gemeinden unverzichtbar.

Berlinfahrt

Vom 8. bis 10. November 2010 fand die letzte Berlinfahrt in diesem Jahr statt. Auf meine Einladung hin nahmen rund 50 Genossinnen und Genossen aus den Stadtbezirken Huckarde und Mengede sowie Vertreter/innen befreundeter Organisationen teil. Alle freuten sich über die informative und schöne Reise durch das politische Berlin.

Alle Text sind auch in gedruckter Form in meinem Bürgerbüro erhältlich.



blog.marco-buelow.de

Neues vom Blog

Unter blog.marco-buelow.de veröffentliche ich in regelmäßigen Abständen meine Eindrücke und Meinungen zu bestimmten politischen Bereichen. Im Folgenden möchte ich über neue Einträge auf meinem Blog informieren.

Einblicke

2. November: Abschied

Herbstlaub in leuchtendem gelb, orange und rot, von der tiefen Sonne angestrahlt, verzaubert den grünen Flecken Erde im Westend von Berlin. Eine kleine Gemeinde hat sich hier am 29. Oktober versammelt. Der Anlass ist traurig und scheint im Widerspruch zum golden Oktobertag zu stehen. Die Gäste sind in schwarze Mäntel und Jacken gehüllt, Tränen in den Augen, als sie am frischen Grab stehen. Hermann Scheer wird beerdigt und mir kommt ein Lied in den Sinn, in dem es heißt: „Haltet die Welt an, merkt sie nicht, dass einer fehlt“. Für Frau und Tochter ist die Welt zunächst stehengeblieben. Freunde und Weggefährten sind gekommen, um sich zu verabschieden, zu trösten und die Erde wieder in Bewegung zu setzen. Die letzten Worte gibt Franz Alt dem guten Freund Hermann mit auf die Reise. Nur einen Tag vorher nahm der Bundestag Abschied von einem seiner profiliertesten und wahrscheinlich engagiertesten Mitglieder. Mit angemessenen Worten erinnerte uns der Bundestagspräsident an Hermanns Taten und Verdienste. Was dann allerdings in der anschließenden Debatte über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke folgte, war alles andere als würdig; weder dem Andenken Hermann Scheers, noch der Parlamentarischen Demokratie überhaupt. [...]
Der ganze Text ist [hier](#) zu finden.

18. Oktober: Nerviger Scheer, lieber Hermann,

vielleicht weil ich mich noch nicht damit abfinden will, dass du nicht mehr bei uns sein wirst, schreibe ich meine Gedanken direkt an dich.

Als ich die Nachricht von deinem Tod früh morgens nüchtern serviert bekam, hat es mich zunächst geschockt und dann war ich furchtbar wütend auf dich. Wie kannst du deine Familie, deine politischen Mitstreiter, die Welt so früh sich selbst überlassen? Mir stieß zudem säuerlich auf, dass ich förmlich neben den Trauernden Gesichter vor mir sah, die erleichtert aufatmen. Besser wird es nicht durch die kalten Profis, die jetzt große Trauerreden halten, dich in erster Linie aber als Stachel im Fleisch oder sogar als Nestbeschmutzer empfanden. [...]
Der ganze Text ist [hier](#) zu finden.

Tacheles

16. November: Wer nicht dazu lernt, verliert - Deshalb Energiewende jetzt!

Eigentlich sollte man meinen, dass Naturkatastrophen wie die Flut in Pakistan, die Waldbrände in Russland oder vor allem technisches Versagen wie beim BP-Öldesaster im Golf von Mexiko dazu führen, dass der Klimawandel und das Ende des Ölzeitalters von allen anerkannt und Konsequenzen gezogen werden. Doch im Gegenteil: Die Tiefseebohrungen gehen munter weiter und in den USA haben ein paar konservative Unverbesserliche erst kürzlich selbst ein laues Klimaschutzgesetz verhindert. Was muss eigentlich noch alles passieren, damit wir aus unseren Fehlern lernen und die Grenzen unseres bisher zerstörerischen Wachstums erkennen? [...]
Der ganze Text ist [hier](#) zu finden.

29. Oktober: Schwarze Woche

Text auf folgender Seite

12. Oktober: Meine Bundestagsrede vom 1. Oktober zur Atompolitik der Bundesregierung

[zum Text](#) und [zum Video](#)

17. September: Über die Verhältnisse

[zum Text](#)

LeseTipp

Lesetipp September/Oktober 2010: Upton Sinclair: Öl

Auch wenn Sinclairs Klassiker von 1927 vor über 80 Jahre geschrieben wurde, ist seine Story erschreckend aktuell. Wer die Grundlagen der Ölwirtschaft, ja des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems eingebettet in einen gut geschriebenen Roman kennenlernen will, sollte Sinclairs Öl lesen [...]
Der ganze Text ist [hier](#) zu finden.

Gastbeiträge

5. November: Sarah Messina - BP und Eon finanzieren Klimawandel-Skeptiker

(aus: klimaretter.info, 25. Oktober 2010)
Europäische Großemittenten blockieren nicht nur in der EU ambitionierte Klimaziele: Sie fördern auch im US-Wahlkampf Senatoren und Abgeordnete, die gegen ein US-Klimagesetz sind, geht aus einem Bericht des Climate Action Network Europe hervor. [...]
Der ganze Text ist [hier](#) zu finden.

30. September: Sebastian Lange: Legt Rechenschaft ab

(aus: politik & kommunikation, Juli/August 2010)
[zum Text](#)

21. September: Bernward Janzig: Stromexportweltmeister Deutschland

(aus: taz, 2. Juni 2010)
[zum Text](#)

Fundstücke

19. November: Berlin blockiert Rettung von Dschungel-Paradies

[zum Text](#)

8. Oktober: Zitate zu: „Gerechte Politik in Zeiten der Wirtschaftskrise“

[zum Text](#)

blog.marco-buelow.de**Tacheles: 29. Oktober 2010**

Schwarze Woche

Lobbymacht, ausgehebelte Abgeordnetenrechte und atomare Zukunft

In acht Jahren Bundestag und über 20 Jahren aktiver Politik in einer Partei, in der Kommune, habe ich doch schon eine Menge erlebt. Ich habe mitbekommen wie stark man demokratische Rechte dehnen, Minderheitenrechte aushebeln und begrenzen kann – wie man Entscheidungen durchpeitscht und Diskussionen unterbindet. Ich bin niemand, der sich mit Kritik gegenüber der eigenen Partei zurückhält; was aber die Regierung und ihre Fraktionen in dieser Sitzungswoche im Bundestag durchgezogen haben, schlägt alle Rekorde.

Es war eine schwarze Woche, in gleich mehrfacher Hinsicht. Die Regierung hat im Bundestag die übelste Entscheidung der Legislaturperiode durchgepeitscht und die Verlängerung der Atomlaufzeiten beschlossen. Inhaltlich ein Super GAU, weil es die Erneuerbaren Energien ausbremst, die Stadtwerke schädigt und uns unnötig weiterem strahlenden Atommmüll und zusätzlichen Gefahren aussetzt (siehe meine Rede vom 1.10.2010: www.bundestag.de). Hinzu kommt, dass ein reines Lobbygesetz beschlossen worden ist. Es wurde für nur vier Konzerne ausgearbeitet und wird zu Lasten vieler mittelständischer Unternehmen gehen.

Der Vorgang ist einmalig: Als erstes holt Umweltminister Röttgen den obersten Atomlobbyisten Gerald Hennhöfer in sein Ministerium, damit er den Atomdeal mit seinen ehemaligen Kollegen verhandelt. Dann wird ein Institut (Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln) beauftragt, das mit den Geldern zweier Atomkonzerne seine Existenz sichert, um ein Gutachten zu erstellen, das als „wissenschaftliche“ Grundlage dienen soll. Als Sahnehäubchen übernimmt im Auftrag des Umweltministeriums eine Anwaltskanzlei die Ausarbeitung des Gesetzes, die sonst hauptsächlich von den Aufträgen des Atomgiganten RWE lebt. Eine heftigere Verflechtung von einseitigen Lobbyinteressen mit politischen Entscheidungen kann es kaum geben.

Als wäre dies nicht schon genug, wurden bei der Durchsetzung vielfach die Rechte des Parlaments ausgehebelt und der Bundesrat erst gar nicht gefragt. Dass die Regierung ohne Beratung und Änderung abnickt, gehört ja fast schon zur Normalität. Dass aber der Opposition nicht genügend Beratungszeit eingeräumt und nicht einmal die Geschäftsordnung des Bundestages eingehalten wird, hat schon eine neue Qualität (Mehr dazu in meiner Persönlichen Erklärung, die ich vor der Abstimmung im Bundestag abgegeben habe: www.marco-buelow.de).

Ein Vorgang, der eigentlich einen riesigen öffentlichen Aufschrei zur

Folge haben müsste. Im Bundestag und in einem Teil der Öffentlichkeit hat es ihn auch gegeben. In vielen Medien wird aber ganz sachlich berichtet, als wenn es sich um eine ganz normale Debatte handeln würde, in der es halt zwei Meinungen geben kann. Ist es aber nicht. Hier steht mehr auf dem Spiel als die Zukunft unserer Energieversorgung – die natürlich wichtig genug ist. Hier geht es aber zusätzlich um unser Demokratie- und Politikverständnis. Auch Atomfreunde müssten sich dagegen wehren wie die Entscheidung zustande kam. 10 Abgeordnete von Union und FDP, die nicht für die Atomgesetze stimmten, haben dies auch getan. Dafür haben sie Respekt verdient.

Noch wackeln die Laufzeitverlängerungen, denn wir werden klagen und dann entscheidet sich die Zukunft der Atomgesetze in Karlsruhe. Aber auch das wird nicht die letzte Auseinandersetzung sein: In drei Jahren entscheidet die Bevölkerung bei der Bundestagswahl. Bis dahin muss der Widerstand gegen solch ein Vorgehen und gegen die Atompolitik im Parlament und auf der Straße fortgesetzt werden.

Zum Text auf dem [Blog](http://blog.marco-buelow.de).

Wer regelmäßig über neue Einträge informiert werden möchte, kann meinen Blog abonnieren unter:

blog.marco-buelow.de